Geschäftsverteilungsplan
des Verwaltungsgerichts Göttingen
für das Jahr 2023

(i.d.F. der Beschlüsse des Präsidiums vom 24. und 25.11.2022 und 20.02.2023, redaktionell geändert am 15.08.2023)

A. Besetzung der Kammern

I. Berufsrichterinnen und Berufsrichter

1. Die Kammern werden mit folgenden Berufsrichterinnen und Berufsrichtern besetzt:

1. Kammer

Vorsitzende:	Präsidentin des Verwaltungsgerichts Dr. Killinger
Vertreter der Vorsitzenden:	Richter am Verwaltungsgericht Walleck
	Richterin am Verwaltungsgericht Zier

2. Kammer

Vorsitzender:	Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Lenz
Vertreterin des Vorsitzenden:	Richterin am Verwaltungsgericht Dr. Seibel
	Richterin am Verwaltungsgericht Gebhardt

3. Kammer

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dr. Wenderoth
Vertreterin des Vorsitzenden:	Richterin am Verwaltungsgericht Worthmann
	Richter am Verwaltungsgericht Pardey
	Richter am Verwaltungsgericht Dr. Rudolph

4. Kammer

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Schneider
Vertreterin des Vorsitzenden:	Richterin am Verwaltungsgericht Habermann
	Richterin am Verwaltungsgericht Wiethaus

5. Kammer

Vorsitzende:	Präsidentin des Verwaltungsgerichts Dr. Killinger
Vertreter der Vorsitzenden:	Richter am Verwaltungsgericht Walleck
	Richterin am Verwaltungsgericht Zier

6. Kammer

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dr. Wenderoth
Vertreter des Vorsitzenden:	Richter am Verwaltungsgericht Pardey
2. Vertreter des Vorsitzenden:	Richter am Verwaltungsgericht Dr. Rudolph

7. Kammer

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dr. Wenderoth
Vertreter des Vorsitzenden:	Richter am Verwaltungsgericht Pardey
	Richter am Verwaltungsgericht Dr. Rudolph
	Richterin am Verwaltungsgericht Worthmann

8. Kammer:

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dr. Wenderoth
Vertreter des Vorsitzenden:	Richter am Verwaltungsgericht Pardey
	Richter am Verwaltungsgericht Dr. Rudolph
	Richterin am Verwaltungsgericht Worthmann

9. Kammer

Vorsitzende:	Präsidentin des Verwaltungsgerichts Dr. Killinger
Vertreter der Vorsitzenden:	Richter am Verwaltungsgericht Walleck
	Richterin am Verwaltungsgericht Zier

2. Reihenfolge der Vertretung für die Kammern 1 bis 4 und 8

[1]Die Vertretung der Kammervorsitzenden erfolgt zunächst nach § 21 f Abs. 2 GVG, die der beisitzenden Richterinnen und Richter nach der gemäß § 21 g GVG zu treffenden Anordnung. [2]Ist danach eine Vertretung nicht möglich, erfolgt sie kammerübergreifend. [3]Sie obliegt dann den Richterinnen und Richtern der Kammern, die in der Nummer nachfolgen, und zwar in der Reihenfolge der Nummern, wobei die 1. der 4. Kammer folgt; die 8. Kammer wird von den Richterinnen und Richtern der 4. Kammer vertreten. [4]Muss die oder der Vorsitzende einer Kammer kammerübergreifend vertreten werden, treten zunächst nacheinander die Vorsitzenden, danach

die Stellvertreter der Vorsitzenden, die Richterin oder der Richter der Besoldungsgruppe R1Z und sodann die dienstälteren vor den dienstjüngeren Richterinnen und Richtern der Besoldungsgruppe R1 der nachfolgenden Kammern ein. [5]Die kammerübergreifende Vertretung der beisitzenden Richterinnen und Richter erfolgt durch die beisitzenden Richterinnen und Richter der nachfolgenden Kammer, und zwar beginnend mit der bzw. dem dienstjüngsten Richter(in) der Besoldungsgruppe R1 und zuletzt durch die Richterin oder den Richter der Besoldungsgruppe R1Z. [6]Sind auch alle beisitzenden Richterinnen und Richter der nachfolgenden Kammer verhindert, übernehmen die beisitzenden Richterinnen und Richter der weiteren Kammern die Vertretung in derselben Reihenfolge. [7]Kann die Kammer auf diese Weise nicht besetzt werden, treten die Vorsitzenden der nachfolgenden Kammern ein. [8]Wer als Güterichterin oder Güterichter tätig geworden ist, ist von der Mitwirkung an Entscheidungen in dem betreffenden Verfahren (auch im Wege der Vertretung) ausgeschlossen.

II. Ehrenamtliche Richterinnen und Richter

1. Den Kammern 1 bis 4 und 8 werden die aus dem **Anhang** ersichtlichen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zugeteilt.

[1]Sie sind in der alphabetischen Reihenfolge ihrer Familiennamen zu den Sitzungen heranzuziehen. [2]Die Heranziehung gilt als vorgenommen, wenn die Benachrichtigung der ehrenamtlichen Richterin oder des ehrenamtlichen Richters zur Post gegeben worden ist. [3]Bei der Heranziehung wird an den Endstand der Heranziehung im Geschäftsjahr 2019 angeknüpft. [4]Bei Verhinderung einer ehrenamtlichen Richterin oder eines ehrenamtlichen Richters tritt der bzw. die nach dem Alphabet folgende noch nicht herangezogene ehrenamtliche Richter(in) an die Stelle des oder der Verhinderten; der oder die verhinderte ehrenamtliche Richter(in) gilt als herangezogen.

Bei plötzlicher Verhinderung einer ehrenamtlichen Richterin oder eines ehrenamtlichen Richters ist die Vertreterin bzw. der Vertreter in alphabetischer Reihenfolge der Hilfsliste zu entnehmen. Ist von der Hilfsliste niemand verfügbar, ist in alphabetischer Reihenfolge nach der Hauptliste zu verfahren. Die Heranziehung nach den vorstehenden beiden Sätzen gilt nicht als Heranziehung aufgrund der Hauptliste.

2. Die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der 5. Kammer werden nach den Vorschriften des NDiszG, die der 9. Kammer werden nach den Vorschriften des BDG und jeweils den folgenden Grundsätzen zu den Sitzungen herangezogen:

[1]Die ehrenamtliche Richterin oder der ehrenamtliche Richter soll dem Verwaltungszweig und der Laufbahngruppe der beschuldigten Beamtin oder des beschuldigten Beamten angehören. [2]Maßgeblich ist das in der Anlage jeweils beigefügte Verzeichnis der gewählten/bestellten ehrenamtlichen Richterinnen und Richter. [3]Die Heranziehung innerhalb der Gruppierung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge. Enthält das Verzeichnis keine ehrenamtliche Richterin oder keinen ehrenamtlichen Richter, die/der sowohl der Laufbahngruppe als auch dem Verwaltungszweig der beschuldigten Beamtin oder des beschuldigten Beamten angehört, so wird die/der in der Reihenfolge des Verzeichnisses nächstberufene ehrenamtliche Richterin oder ehrenamtliche Richter herangezogen, die/der der Laufbahngruppe der beschuldigten Beamtin oder des beschuldigten Beamten angehört.

Die Heranziehung der ehrenamtlichen Richter gemäß § 66 Abs. 3 ZDG erfolgt in alphabetischer Reihenfolge nach Listen, die vom Bundesministerium der Justiz auf Vorschlag des zuständigen

Fachministeriums aufgestellt werden.

Über Zweifelsfragen bei der Heranziehung entscheidet der Vorsitzende.

3. Nachrichtlich:

Die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Kammern 6 und 7 werden zu den Sitzungen nach der Reihenfolge von Listen herangezogen, die die Vorsitzenden gemäß § 31 ArbGG aufstellen.

III. Güterichter

Zu Güterichtern im Sinn des § 173 VwGO i. V. m. § 278 Abs. 5 ZPO werden bestimmt:

Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Schneider,

Richterin am Verwaltungsgericht Worthmann,

die nach dem Geschäftsverteilungsplan des Verwaltungsgerichts Hannover bestimmten Güterichterinnen und Güterichter.

Die Güterichter des Gerichts führen im Einzelfall mit ihrer Zustimmung nach vorheriger Absprache auch Güteverhandlungen anderer Gerichte durch.

Die Güterichterinnen und Güterichter verteilen ihre Geschäfte untereinander unter Berücksichtigung des Geschäftsanfalls und der Wünsche der Beteiligten.

Als Güterichterin oder Güterichter kann nicht tätig werden, wer der für das betreffende Verfahren zur Entscheidung zuständigen Kammer als geschäftsmäßiges Mitglied angehört.

B. Verteilung der Geschäfte auf die Kammern

I. Allgemeines

1. [1]Die Zuständigkeit der Kammern sowohl für die neu eingehenden als auch für die bereits anhängigen Streitsachen richtet sich nach den ihnen unter II. zugewiesenen Sachgebieten. [2]Das gilt auch für zurückverwiesene Streitsachen, die Wiederaufnahme des Verfahrens sowie für die Fortsetzung ruhender oder ausgesetzter Verfahren. [3]Bei Verfahren, die bereits terminiert (Beweis-, Erörterungs- bzw. Verhandlungstermin) bzw. in der Hauptsache entschieden sind, bleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit; dies gilt auch für Rügen nach § 152a VwGO. [4]Für Vollstreckungsverfahren nach §§ 168 ff. VwGO bleibt diejenige Kammer zuständig, die bei Erlass des zu vollstreckenden Titels i. S. d. § 168 Abs. 1 VwGO zuständig war. [5]Die Zuständigkeit bestimmt sich nach dem Recht, auf dem die streitige Maßnahme oder das streitige Rechtsverhältnis beruht. [6]Maßgeblich ist insoweit die Rechtsgrundlage, auf die der angefochtene Bescheid gestützt ist oder aus der von dem Rechtsuchenden ein Anspruch hergeleitet wird.

2. [1]Berührt ein Verfahren mehrere Sachgebiete, für die mindestens zwei Kammern zuständig sind, so obliegt der Kammer die Bearbeitung, in deren Zuständigkeit der

Schwerpunkt des Verfahrens liegt. [2]Wenn die Vorsitzenden der in Betracht kommenden Kammern insofern unterschiedlicher Auffassung sind, entscheidet das Präsidium.

3. [1]Streitsachen aus den Rechtsgebieten

a)	Datenschutzrecht	**0535**
b)	Verwaltungskostenrecht (Gebühren, Auslagen)	**1122**
c)	Archivrecht	**1720**
d)	Informationsfreiheitsgesetz	**1730**
e)	Prüfungsrecht	
f)	Vollstreckungsrecht einschließlich Vollstreckungskostenrecht	
g)	Verwaltungsverfahrensrecht des Bundes und des Landes	
h)	Stundung, Niederschlagung und Erlass öffentlich-rechtlicher Forderungen	
i)	Nichtraucherschutzrecht des Bundes und des Landes	
j)	Kostensachen (Erinnerung gegen den Kostenansatz, Antrag auf gerichtliche Entscheidung, Erinnerung gegen die Festsetzung der PKH-Vergütung)	**1700**

werden der Kammer zugeteilt, deren unter II. zugewiesene Sachgebiete sie betreffen. [2]Die Streitsachen aus den in den Nr. e) bis i) genannten Rechtsgebieten erhalten jeweils die Ordnungsnummer des Sachgebietes, aus dem sie stammen. [3]Ist die gemeinsame Vollstreckung von Forderungen im Streit, für die verschiedene Kammern zuständig sind, wird das Verfahren von der Kammer übernommen, die für die Forderung oder die Forderungen zuständig ist, die den größten Teil an dem zu vollstreckenden Gesamtbetrag ausmacht. [4]Nach einer Verfahrenstrennung (§ 93 Satz 1 VwGO) richtet sich die Zuständigkeit nach Satz 1 bzw. nach Satz 3.

4. [1]Verfahren aus den Sachgebieten 1800, 1810, 1820, 1900, 1910, 1920, 2000, 2100, 2200 und 2300, bei denen die Staatsangehörigkeit oder das Herkunftsland unklar ist, werden in der Weise behandelt, dass maßgeblich für die Zuständigkeit innerhalb des Gerichts der Sachvortrag des Klägers/Antragstellers im Zeitpunkt der Klageerhebung/Antragstellung ist. [2]Beruft sich der Kläger/Antragsteller abweichend von seinem Vorbringen bei Eingang des Verfahrens (auch) auf eine Verfolgung in einem anderen Herkunftsland, so verbleibt es bei der im Zeitpunkt des Eingangs des Verfahrens begründeten Zuständigkeit. [3]Beruft sich der Kläger/Antragsteller schon bei Eingang des Verfahrens auf die Verfolgung in zwei (oder mehreren) Herkunftsländern, so richtet sich die Zuständigkeit nach dem Verfolgerland, in das der Kläger/Antragsteller in erster Linie abgeschoben oder sonst wie zurückgeführt werden soll.

5. Rechtshilfeersuchen werden von der Kammer erledigt, die für die Streitentscheidung zuständig wäre; sind Rechtshilfeersuchen - etwa nach § 180 VwGO - an eine bestimmte Richterin oder einen bestimmten Richter zu richten, ist die oder der Vorsitzende der jeweils zuständigen Kammer zuständig.

II. <u>Zuweisung der Sachgebiete an die Kammern</u>

1. Kammer

1.	Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht; Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	**0100**
1.1.	Parlamentsrecht	**0110**
1.2.	Europa-, Bundestags- und Landtagswahlrecht	**0120**
1.3.	Parteienrecht	**0130**
1.4.	Kommunalrecht	**0140**
1.4.1.	Verfassung, Verwaltung und Organisation der Gemeinden und Gemeindeverbände / kommunalen Gebietskörperschaften	**0141**
1.4.2.	Kommunalaufsichtsrecht	**0142**
1.4.3.	Kommunalwahlrecht	**0143**
1.4.4.	Finanzausgleich	**0144**
1.4.5.	Bestattungs- und Friedhofsrecht (mit Ausnahme des Friedhofsgebührenrechts)	**0146**
1.5.	Sparkassenrecht	**0150**
1.6.	Staatsaufsicht über nichtkommunale juristische Personen des öffentlichen Rechts	**0160**
1.7.	Verfassung und autonome Rechte der sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der Wasser- und Bodenverbände	**0170**
2.	Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Recht der freien Berufe	**0400**
2.1.	Wirtschaftsverfassung, Wirtschaftslenkung, Marktordnung einschließlich Preisrecht, Außenwirtschaftsrecht	**0410**
2.1.1.	Subventionen (mit Ausnahme landwirtschaftlicher Subventionen)	**0411**
2.1.2.	Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftlicher und wirtschaftsständischer Vereinigungen einschließlich Abgabenrecht der wirtschaftsständischen Körperschaften	**0412**
2.1.3.	Beschränkungen aufgrund des § 1 Abs. 3 des Energiesicherungsgesetzes	**0413**
2.1.4.	Vergaberecht	**0414**
2.1.5.	Finanzdienstleistungsaufsicht	**0415**
2.2.	Gewerberecht einschließlich berufliche Bildung (ohne Erwachsenenbildungsrecht und sonstiges Berufsbildungsrecht - siehe 4. Kammer Nr. 1.6.)	**0420**
2.2.1.	Gewerbeordnung	**0421**
2.2.2.	Handwerksrecht	**0422**
2.2.3.	Gaststättenrecht	**0423**
2.3.	Recht der freien Berufe einschließlich Kammerrecht (z.B. Apotheker, Architekten, Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer) einschließlich Abgabenrecht der berufsständischen Körperschaften	**0460**
2.4.	Recht der Beliehenen, z.B. Schornsteinfegerrecht, Berufsrecht der Vermessungsingenieure	**0470**
2.5.	Eisenbahn-, Kleinbahn-, Bergbahnrecht, Wasserstraßenrecht	**0480**

2.6. Sonstiges Wirtschaftsrecht **0490**

2.6.1. Feiertagsgesetz **0492**

3. Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht **0500**

3.1. Polizeirecht **0510**

3.1.1. Waffenrecht **0511**

3.1.2. Versammlungsrecht **0512**

3.2. Ordnungsrecht **0520**

3.2.1. Polizeiliche Maßnahmen zum Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen **0521**

3.2.2. Obdachlosenrecht **0522**

3.2.3. Vereinsrecht **0523**

3.2.4. Sammlungsrecht **0524**

3.2.5. Brand- und Katastrophenschutz **0525**

3.2.6. Tierschutz **0526**

3.2.7. Verfahren nach dem Gesetz über den registergestützten Zensus **0536**

3.3. Verkehrsrecht **0550**

3.3.1. Recht der Fahrerlaubnisse einschließlich Fahrerlaubnisprüfung **0551**

3.3.2. Personenbeförderungsrecht **0552**

3.3.3. Güterkraftverkehrsrecht **0553**

3.3.4. Luftverkehrsrecht **0554**

3.3.5. Wasserverkehrsrecht **0555**

3.3.6. Eisenbahnverkehrsrecht **0556**

3.4. Wohnrecht (ohne Wohngeldrecht) **0560**

3.4.1. Wohnungsbauförderungsrecht und Wohnungsbindungsrecht einschließlich Mietpreisbindung **0561**

3.4.2. Wohnungsaufsichtsrecht **0562**

3.5. Lotterierecht **0570**

4. Ausländerrecht **0600**

5. Angelegenheiten des Wohnungseigentumsgesetzes, z. B. Abgeschlossenheitsbescheid **0980**

6. Berg- und Energierecht **1010**

6.1. Bergrecht, Streitigkeiten nach dem Abgrabungsgesetz **1011**

6.2. Energierecht **1012**

6.3. Atom- und Strahlenschutzrecht **1013**

7. Straßen- und Wegerecht einschließlich Sondernutzungsgebühren nach den Straßengesetzen **1040**

8. Recht des öffentlichen Dienstes (einschließlich des Amtsrechts der kirchlichen Bediensteten), soweit nicht die 3. Kammer nach Nr. 4 (Eingänge ab 01.01.2018) oder die 4. Kammer nach Nr. 15 zuständig ist **1300**

8.1. Recht der Bundesbeamten **1310**

8.1.1. Laufbahnprüfungen **1311**

8.1.2. Beförderungen	**1312**
8.1.3. Versetzungen und Abordnungen	**1313**
8.2. Soldatenrecht	**1320**
8.2.1. Laufbahnprüfungen	**1321**
8.2.2. Beförderungen	**1322**
8.2.3. Versetzungen und Abordnungen	**1323**
8.3. Recht der (unmittelbaren und mittelbaren) Landesbeamten sowie der Kirchenbeamten	**1330**
8.3.1. Laufbahnprüfungen	**1331**
8.3.2. Beförderungen	**1332**
8.3.3. Versetzungen und Abordnungen	**1333**
8.4. Recht der Richter	**1340**
8.4.1. Beförderungen	**1342**
8.4.2. Versetzungen und Abordnungen	**1343**
9. Wehrpflichtrecht, Wehrrecht	**1350**
10. Dienstrecht des Zivilschutzes	**1360**
11. Sonstiges (soweit nicht die anderen Kammern zuständig sind)	**1700**
12. Asylrecht, soweit Staatsangehörige, Staatenlose und Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit aus Israel, Jordanien, Libanon, den Palästinensischen Autonomiegebieten (Westjordanland und Gaza), der Russischen Föderation und aus Syrien, soweit nicht die 3. Kammer nach Nr. 5 (Eingänge bis einschließlich 31.12.2017) zuständig ist, betroffen sind	**1800** **1810** **1820** **1900** **1910** **1920** **2000** **2100** **2200** **2300**

<u>2. Kammer</u>

1. Rundfunk- und Fernsehrecht einschließlich Beitragsbefreiung	**0250**
2. Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht	**0400**
2.1. Subventionen, Anpassungshilfen, Stilllegungsprämien	**0411**
2.2. Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft	**0430**
2.2.1. Agrarordnung	**0431**
2.2.2. Weinrecht	**0432**
2.3. Jagd-, Forst- und Fischereirecht	**0440**
3. Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	**0900**
3.1. Raumordnung, Landesplanung	**0910**
3.2. Bauplanungs-, Bauordnungs- und Städtebauförderungsrecht	**0920**
3.3. Siedlungsrecht	**0930**
3.3.1. Streitigkeiten aus dem Reichssiedlungsgesetz	**0931**

3.3.2. Kleingartenrecht **0932**

3.3.3. Kleinsiedlungsrecht **0933**

3.3.4. Heimstättenrecht **0934**

3.4. Denkmalschutz **0940**

3.5. Kataster- und Vermessungsrecht **0950**

3.6. Enteignungsrecht **0960**

3.6.1. Streitigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz **0961**

3.6.2. Streitigkeiten nach dem Schutzbereichgesetz **0962**

3.6.3. Streitigkeiten nach dem Landbeschaffungsgesetz **0963**

3.6.4. Streitigkeiten nach den Sicherstellungsgesetzen (z.B. Wassersicherstellungsgesetz, Verkehrssicherstellungsgesetz, Ernährungssicherstellungsgesetz) **0964**

3.7. Recht der Außenwerbung **0990**

4. Immissionsschutzrecht, soweit Windkraftanlagen betroffen sind **1021**

5. Steuern **1110**

5.1. Kommunale Steuern **1111**

6. Ausgleichsabgaben **1150**

7. Vermögens- und SED-Rehabilitierungsrecht **1200**

7.1. Recht der offenen Vermögensfragen **1210**

7.1.1. Rückübertragungsrecht **1211**

7.1.2. Investitionsrecht **1212**

7.1.3. Vermögenszuordnungsrecht **1213**

7.1.4. Treuhandrecht **1214**

7.1.5. Entschädigungsrecht **1215**

7.1.6. Ausgleichsleistungsrecht **1216**

7.2. Bereinigung von SED-Unrecht **1220**

7.2.1. Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung **1221**

7.2.2. Berufliche Rehabilitierung **1222**

8. Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kriegsfolgenrecht **1500**

8.1. Wohngeldrecht **1510**

8.2. Sozialrecht (ohne Sozialhilfe) **1520**

8.2.1. Schwerbehindertenrecht **1521**

8.2.2. Kriegsopferfürsorgerecht **1522**

8.2.3. Kinder- und Jugendhilfe- sowie Jugendförderungsrecht **1523**

8.2.4. Ausbildungs- und Studienförderungsrecht (einschließlich Streitigkeiten wegen Studiendarlehen) **1524**

8.2.5. Unterhaltsvorschussrecht **1525**

8.2.6. Heizkostenzuschussrecht **1526**

8.2.7. Sozialrecht nach landesrechtlichen Vorschriften (einschließlich Pflegerecht) **1527**

8.2.8. Jugendarbeits- und Mutterschutzrecht (einschließlich Elternzeitrecht)	**1528**
8.3. Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	**1530**
8.4. Jugendschutzrecht	**1540**
8.5. Kindergartenrecht einschließlich der Gebühren und Entgelte nach dem KiTaG, Heimrecht	**1550**
8.6. Kriegsfolgenrecht	**1560**
8.6.1. Lastenausgleichsrecht	**1561**
8.6.2. Häftlingshilferecht, Heimkehrrecht und Kriegsgefangenenentschädigung	**1562**
8.6.3. Flüchtlings- und Vertriebenenrecht	**1563**
8.6.4. Requisitions- und Besatzungsschädenrecht	**1564**
9. Sozialhilferecht (einschließlich Grundsicherung und Verfahren zu pauschaliertem Wohngeld)	**1610**
10. Streitigkeiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	**1620**
11. Asylrecht, soweit Staatsangehörige, Staatenlose und Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit der ehem. Sowjetunion, Moldawien, der Ukraine, Weißrussland, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, der Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und aus solchen asiatischen Staaten betroffen sind, für die nicht die übrigen Kammern zuständig sind	**1800** **1810** **1820** **1900** **1910** **1920** **2000** **2100** **2200** **2300**

<u>3. Kammer</u>

1. Recht der vertraglich vereinbarten Beteiligung an den aus einer Bauleitplanung folgenden Kosten einschließlich Erschließungsvertragsrecht	**0970**
2. Abgabenrecht (soweit nicht eine der anderen Kammern zuständig ist)	**1100**
2.1. Gebühren	**1120**
1. Benutzungsgebührenrecht (nach/entsprechend NKAG, insbesondere Abwasser-, Abfall-, Straßenreinigungs- und Friedhofsgebühren; außerdem Wassergebühren, soweit nicht die 4. Kammer nach Nr. 9 zuständig ist; ohne Gebühren nach dem KiTaG, für die die 2. Kammer nach Nr. 8.5 zuständig ist)	**1121**
2.2. Beiträge	**1130**
2.2.1. Anschlussbeiträge	**1130**
2.2.2. Erschließungsbeiträge	**1131**
2.2.3. Ausbaubeiträge	**1132**
2.2.4. Kurbeiträge, Fremdenverkehrsbeiträge	**1133**
2.3. Haus-(Grundstücks-)anschlusskosten	**1140**
2.4. Bescheinigungen aufgrund abgabenrechtlicher Vorschriften	**1160**
3. Anschluss- und Benutzungszwang, Anschluss- und Benutzungsrecht (soweit nicht Abfallbeseitigungsrecht)	**1170**

4. Recht des öffentlichen Dienstes (einschließlich des Amtsrechts der kirchlichen Bediensteten), soweit nicht die 1. Kammer nach Nr. 8 (Eingänge bis einschließlich 31.12.2017) oder die 4. Kammer nach Nr. 15 zuständig ist	**1300**
4.1. Recht der Bundesbeamten	**1310**
4.1.1. Laufbahnprüfungen	**1311**
4.1.2. Beförderungen	**1312**
4.1.3. Versetzungen und Abordnungen	**1313**
4.2. Soldatenrecht	**1320**
4.2.1. Laufbahnprüfungen	**1321**
4.2.2. Beförderungen	**1322**
4.2.3. Versetzungen und Abordnungen	**1323**
4.3. Recht der (unmittelbaren und mittelbaren) Landesbeamten sowie der Kirchenbeamten	**1330**
4.3.1. Laufbahnprüfungen	**1331**
4.3.2. Beförderungen	**1332**
4.3.3. Versetzungen und Abordnungen	**1333**
4.4. Recht der Richter	**1340**
4.4.1. Beförderungen	**1342**
4.4.2. Versetzungen und Abordnungen	**1343**
5. Asylrecht, soweit Staatsangehörige, Staatenlose und Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit aus Afrika, aus Syrien, soweit nicht die 1. Kammer nach Nr. 12 (Eingänge ab 01.01.2018) zuständig ist, und aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union betroffen sind, sowie alle sonstigen Verfahren, soweit nicht die übrigen Kammern zuständig sind	**1800** **1810** **1820** **1900** **1910** **1920** **2000** **2100** **2200** **2300**

<u>4. Kammer</u>

1. Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	**0200**
1.1. Schulrecht	**0210**
1.1.1. Schulprüfungs- und Versetzungsrecht einschließlich Nichtschülerprüfungen	**0211**
1.1.2. Schülerbeförderung und Kosten für Lernmittel	**0212**
1.2. Hochschulrecht (soweit nicht der 8. Kammer zugewiesen) einschließlich hochschulrechtlicher Abgaben	**0220**
1.2.1. Recht der Hochschul- und Staatsprüfungen sowie der Anerkennung ausländischer Prüfungen	**0221**
1.2.2. Erlaubnis zum Führen eines ausländischen akademischen Grades	**0222**
1.3. Wissenschaft und Kunst	**0230**
1.4. Film- und Presserecht	**0240**

1.5.	Recht der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie der Ordensgesellschaften	**0260**
1.6.	Erwachsenenbildungsrecht und sonstiges Berufsbildungsrecht (soweit nicht die 1. Kammer zuständig ist - siehe 1. Kammer Nr. 2.2)	**0270**
1.7.	Sport	**0280**
2.	Post-, Fernmelde- und Telekommunikationsrecht	**0450**
3.	Krankenhausrecht einschließlich Krankenhauspflegesätze	**0491**
4.	Rettungsdienstrecht	**0525**
5.	Personenordnungsrecht	**0530**
5.1.	Namensrecht	**0531**
5.2.	Staatsangehörigkeitsrecht	**0532**
5.3.	Melderecht	**0533**
5.4.	Pass- und Ausweisrecht	**0534**
6.	Gesundheit, Hygiene, Lebens- und Arzneimittel (ohne Krankenhausrecht)	**0540**
6.1.	Lebensmittelrecht	**0541**
6.2.	Seuchenrecht, Viehseuchenrecht, Tierkörperbeseitigung	**0542**
7.	Recht der Titel, Orden und Ehrenzeichen (ohne akademische Grade)	**0580**
8.	Umweltschutz	**1020**
8.1.	Immissionsschutzrecht (soweit nicht die 2. Kammer zuständig ist)	**1021**
8.2.	Abfallbeseitigungsrecht einschließlich Abfallabgaben nach dem Nds. Abfallabgabengesetz	**1022**
8.3.	Naturschutzrecht, Landschaftsschutzrecht einschließlich Artenschutzrecht	**1023**
9.	Wasserrecht einschließlich wasserrechtlicher Abgaben (Abwasserabgaben, Wasserentnahmegebühren)	**1030**
10.	Recht der Gentechnik	**1050**
11.	Streitigkeiten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz	**1060**
12.	Streitigkeiten nach dem Umweltinformationsgesetz	**1070**
13.	Kirchensteuer	**1112**
14.	Anschluss- und Benutzungszwang, Anschluss- und Benutzungsrecht (im Rahmen der Abfallbeseitigung)	**1170**
15.	Recht des öffentlichen Dienstes (einschließlich des Amtsrechts der kirchlichen Bediensteten)	
15.1.	Recht der Bundesbeamten	
15.1.1.	Besoldung und Versorgung	**1314**
15.1.2.	Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütung, Trennungsentschädigungen	**1315**
15.2.	Soldatenrecht	
15.2.1.	Besoldung und Versorgung	**1324**
15.2.2.	Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen	**1325**

15.3. Recht der (unmittelbaren und mittelbaren) Landesbeamten sowie der Kirchenbeamten

15.3.1. Besoldung und Versorgung **1334**

15.3.2. Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen **1335**

15.4. Recht der Richter

15.4.1. Besoldung und Versorgung **1344**

15.4.2. Beihilfen, Reise- und Umzugskostenvergütungen, Trennungsentschädigungen **1345**

16. Justizverwaltungsrecht **1710**

17. Asylrecht, soweit Staatsangehörige, Staatenlose und Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit aus Afghanistan, Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Iran, Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie aus der Türkei betroffen sind **1800** **1810** **1820** **1900** **1910** **1920** **2000** **2100** **2200** **2300**

5. Kammer (Kammer für Disziplinarsachen / Land)

1. Disziplinarrecht der Landesbeamten **1420**

6. Kammer (Fachkammer für Bundespersonalvertretungssachen)

1. Personalvertretungsrecht des Bundes **1381**

7. Kammer (Fachkammer für Landespersonalvertretungssachen)

1. Personalvertretungsrecht der Länder **1382**
2. Recht der Richtervertretungen **1390**

8. Kammer

1. Hochschulzugangsrecht, soweit Hochschulen ihre Aufnahmebedingungen durch Bewerber nicht als erfüllt ansehen (ohne Streitigkeiten um die Kapazitätsgrenzen, vgl. Nr. 0310) **0223**
2. Numerus-clausus-Verfahren **0300**

2.1. Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschule, soweit die Kapazitätsgrenzen streitgegenständlich sind, und die damit zusammenhängenden Immatrikulations- und Exmatrikulationsverfahren (NC-Verfahren), (ohne Verfahren, in denen die Hochschulen ihre Aufnahmebedingungen durch die Bewerber nicht als erfüllt ansehen, vgl. Nr. 0223) **0310**

2.2. Verteilung von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung (Zentralstelle für Vergabe von Studienplätzen) **0320**

9. Kammer (Kammer für Disziplinarsachen / Bund)

1. Disziplinarrecht der Bundesbeamten **1410**

C. Schlussbestimmungen

Das Präsidium entscheidet, wenn im Einzelfall Zweifel über die Geschäftsverteilung bestehen.

Dr. Killinger

A n h a n g

Liste der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Verwaltungsgericht Göttingen

1. Kammer

1. Bock, Maria	Bankangestellte
2. Kuhlemann, Wolfgang	Pensionär
3. Lebensieg, Uwe	Kaufm. Angestellter
4. Mackensen-Eder, Susanne	Dipl.-Ing.
5. Röthke, Andreas	Bankkaufmann
6. Sölter, Antje	Med. Fachangestellte
7. Dr. Sürmann, Hiltrud	Zahnärztin
8. Tüzin, Cayan	Gepr. Fremdsprachenkorrespondent

Hilfsliste

1. Bock, Maria	Bankangestellte
2. Kuhlemann, Wolfgang	Pensionär
3. Lebensieg, Uwe	Kaufm. Angestellter
4. Dr. Sürmann, Hiltrud	Zahnärztin

2. Kammer

1. Becker, Horst	Rentner
2. Döring, Friedhelm	Hausmeister
3. Gerl-Plein, Maria	Rentnerin
4. Güntzler, Wibke	Hausfrau
5. Lieske, Siegfried	Pensionär
6. Obermann, Vita	Automobilkauffrau
7. Rieger, Matthias	Maschinenschlosser

Hilfsliste

1. Becker, Horst	Rentner
2. Gerl-Plein, Maria	Rentnerin
3. Güntzler, Wibke	Hausfrau
4. Lieske, Siegfried	Pensionär

3. Kammer und 8. Kammer

(wobei für jede Kammer eine eigene Liste betr. die Heranziehung zu führen ist)

1. Gebauer, Christine	Selbstständig
2. Harms, Annette	Reiseverkehrskauffrau
3. Hesse, Helmut	Tierarzt i.R.
4. Litke, Petra	Pensionärin
5. Pahl, Christian	Kaufm. Angestellter
6. Scholz, Hans-Jürgen	Altenpfleger
7. Schopferer, Renate	Rentnerin
8. Sparbier, Holger	Bäcker

Hilfsliste

1. Gebauer, Christine	Selbstständig
2. Pahl, Christian	Kaufm. Angestellter
3. Scholz, Hans-Jürgen	Altenpfleger
4. Schopferer, Renate	Rentnerin

4. Kammer

1. Austinat, Horst	Selbstständig
2. Diedam, Jürgen	Berufsbetreuer
3. Frey, Alexander	Rentner
4. Fröchtenicht, Katrin	Fahrdienstleiterin
5. Heinze, Sabine	Finanzbuchhalterin
6. Lösing, Sabine	Sozialtherapeutin
7. Pniwczak, Hans-Georg	Maschinenschlosser
8. Wille, Ulrike	Hausfrau

Hilfsliste

1. Austinat, Horst	Selbstständig
2. Diedam, Jürgen	Berufsbetreuer
3. Heinze, Sabine	Finanzbuchhalterin
4. Wille, Ulrike	Hausfrau

Verzeichnis der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die 5. Kammer

Verzeichnis der bestellten Beamtenbeisitzer gemäß § 43 Abs. 2 NDiszG

	Ressort	Verwaltungszweig	LbGr.	Dienstbezeichnung	Titel	Nachname	Vorname
1	Nds. MF	Finanzverwaltung	LG 2, 1. EA	Steueramtsrätin		Vierke	Christina
2	Nds. MI	Öff. bestellte Vermessungs-ingenieure	LG 2, 2. EA	Öff. bestellter Vermessungs-ingenieur		Rink	Hans-Werner
3	Nds. MI	Polizei	LG 2, 1. EA	Erster Polizeihauptkommissar		Schwarze	Guido
4	Nds. MJ		LG 1, 2. EA	Hauptsekretär im JVD		Galander	Jörn
5	Nds. MJ		LG 2, 2. EA	Oberstaatsanwältin		Cornelius	Andrea
6	Nds. MU		LG 2, 2. EA	Gewerbedirektorin		Schomaker	Dagmar
7	Nds. MWK		LG 2, 2. EA	Leitender Universitäts-verwaltungsdirektor	Dr.	Paquin	Ralf

Verzeichnis der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die 9. Kammer

Verzeichnis der gewählten Beamtenbeisitzer gemäß § 47 BDG

	Ressort	Verwaltungszweig	LbGr	Dienstbezeichnung	Name	Vorname
1	BMI	Bundespolizeiinspektion	LG 2, 1. EA	Polizeioberkommissar	Seseke	Dirk
2	BMI	Bundespolizeiinspektion	LG 2, 1. EA	Polizeihauptkommissar	Schnippert	Thomas
3	BMI	BAMF	LG 2, 1. EA	Regierungsamtsrat	Rengstorf	Ernst-Viktor
4	BMI	BAMF	LG 2, 1. EA	Regierungsamtmann	Klenke	Rüdiger
5	BMI	Bundespolizeiinspektion	LG 2, 1. EA	Polizeihauptkommissar	Ritschel	Dirk
6	BMI	Bundespolizeiinspektion	LG 2, 1. EA	Polizeihauptkommissar	Sehrt	Christoph
7	BMI	Bundespolizeiinspektion	LG 2, 1. EA	Erster Polizeihauptkommissar	Lange	Carsten
8	BMI	THW	LG 1, 2. EA	Regierungshauptsekretär	Lismann	Jens